



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Französische und deutsche Truppenvermehrung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

Monarchie gegen die slawische Welt im Osten und Süden bereitstanden. Dann ruhte die Last der Abwehr gegen Rußland ausschließlich auf dem Deutschen Reiche. Daher der im November 1912 zu Berlin gefaßte Beschluß auf verstärkte Waffenrüstung¹⁾.

Vorsicht war um so mehr geboten, als die deutsche Regierung im März 1913 zur Kenntnis nicht bloß des englisch-französischen Marineabkommens, sondern auch des Grey-Cambonschen Briefwechsels kam, welcher letzterer ihr sogar im Wortlaut übermittelt wurde. Der gewandte Überbringer dieser wichtigen Nachricht, offenbar ein deutscher Diplomat, befand sich zwar im Irrtume mit der Annahme, daß England der französischen Verlockung erlegen wäre — es verhielt sich eher umgekehrt —, aber er zog aus den Schriftstücken den richtigen Schluß, indem er schrieb:

„Die englische Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Sie hat durch ihre Politik in der bosnischen und in der marokkanischen Frage Krisen, die Europa zweimal an den Rand des Krieges brachten, hervorgerufen. Die Ermütigung, die sie direkt wie indirekt andauernd dem französischen Chauvinismus zuteil werden läßt, kann eines Tages zu einer Katastrophe führen, bei der englische wie französische Soldaten auf französischen Schlachtfeldern die englische Einkreisungspolitik mit ihrem Blute bezahlen werden. Die Saat, die König Eduard gesät hat, geht auf.“²⁾

*

Französische und deutsche Truppenvermehrung

Je düsterer für Deutschland der Anblick der Lage war, desto heller erstrahlte im Herzen des französischen Volkes die Hoffnung auf Wiedergewinn des 1870 Verlorenen. In Poincaré sahen die Nationalisten

¹⁾ Den Zeitpunkt gab Bethmann Hollweg im Reichstage am 8. April 1913 an.

²⁾ Die der deutschen Regierung zugekommene wichtige Enthüllung wurde von ihr zu Beginn des Weltkrieges der Öffentlichkeit bekanntgegeben. H. F. Helmolt, „Die geheime Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 75—77.

den Träger dieses Gedankens, dem er schon als Ministerpräsident jeden möglichen Dienst leistete. Als daher die Amtsdauer Fallières' im Januar 1913 zu Ende ging, war Poincaré für die Männer der Vergeltung der natürliche Anwärter auf die höchste Würde der Republik. Eben deshalb stieß seine Bewerbung bei seinen persönlichen Gegnern gleich Clemenceau, wie auch bei den Friedensfreunden innerhalb der republikanischen Gruppen auf Widerspruch. Als sich diese am 16. Januar zur Probeabstimmung versammelten, blieb er mit 309 Stimmen in der Minderheit gegenüber Pams, auf den sich 323 Stimmen vereinigten; letzterer wurde zum Kandidaten der Republikaner ausgerufen und Clemenceau forderte in seiner gewalttätigen Art Poincaré zum Rücktritte von der Bewerbung auf. In den Straßen von Paris jedoch kam es zu Kundgebungen für den Lothringer, der aus seinem Grolle gegen Deutschland kein Hehl machte. Am entscheidenden Wahltage, dem 17. Januar 1913, gaben ihm auch die Monarchisten ihre Stimme, doch selbst dann war seine Mehrheit nicht groß, nicht mehr als 483 unter 870 Stimmen.

Der neue Präsident der Republik entsprach der in ihn gesetzten Erwartung gleich damit, daß er am 26. Februar Delcassé zum Botschafter in Petersburg ernannte. Der Mann, der 1905 den Krieg mit Deutschland der Erledigung der Marokkofrage durch Zusammentritt einer Konferenz vorzog, trug dem Erbfeinde seitdem auch die erlittene persönliche Niederlage und die Verdrängung aus dem Amte nach. Wie er in Petersburg gegen Deutschland tätig war, so in Paris der Botschafter Iswolskij, der, von Aehrenthal politisch überwunden, seinerseits an Osterreich-Ungarn Rache zu nehmen vorhatte.

Während des Winters auf 1913 arbeiteten in Paris und in Berlin die Generalstäbe an den Plänen zur Heeresverstärkung, über die Poincaré sich schon im August 1912 zu Petersburg mit Rußland verständigt hatte. Wohl stellte die französische Regierung amtlich in Abrede, daß sie damals mit der russischen Regierung ein Abkommen auf Verlängerung des Heeresdienstes geschlossen hätte, und ein förmlicher Vertrag wird somit auch nicht zustande gekommen sein; aber Clemenceau und

Jaurès haben so bestimmt behauptet, in Petersburg wäre der Anstoß gegeben worden, daß an dieser Tatsache nicht zu zweifeln ist. Am 17. Februar veröffentlichte der „Temps“ die Grundzüge des neuen Wehrgesetzes, das den Kammern am 6. März unterbreitet wurde. Es legte den Franzosen ein schweres Opfer auf, indem die Dienstverpflichtung von zwei auf drei Jahre verlängert werden sollte, wodurch das stehende Heer eine Erhöhung des Friedensstandes um 157000 Mann, von 480000 auf rund 640000 Mann erfuhr. Da das Vorrecht des Einjährigfreiwilligendienstes 1905 abgeschafft worden war, bedeutete die Vorlage für die studierende Jugend wie für alle Bürger eine erhebliche Vermehrung der Kriegslasten. Nach der Ansicht des Generalstabes jedoch konnte Frankreich, das bloß 39 Millionen Einwohner gegenüber den 65 Millionen Deutschlands zählte, nur auf diese Art dem überlegenen Feinde die Spitze bieten, und so gegen den ersten feindlichen Stoß ein genügend starkes Heer auf die Beine bringen.

Obwohl nun die Mehrheit der Kammern der Vorlage günstig gesinnt war, erhob sich doch auch lebhafter Widerspruch. Eine große Anzahl von Schriftstellern und Gelehrten, darunter Anatole France, warnte in einem öffentlichen Aufrufe vor der Überstürzung, mit der das geistige und wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dazu der militärische Gegengrund: keine Armee zieht vor Einberufung ihrer Reserven ins Feld, so daß, wenn nur die Truppen in zwei Jahren genügend ausgebildet sind, die Auffüllung der Stämme ebenso schnell vor sich geht, ob nun ein Jahrgang mehr bereits unter den Fahnen steht oder nicht. Besonders unter den gerade dienenden Mannschaften, die, zu zweijährigem Dienste berufen, unerwartet von der neuen Verpflichtung betroffen wurden, erregte die Reform große Erbitterung. In Paris, Orleans, Nancy, Belfort und an vielen anderen Orten rotteten sich die Soldaten zusammen und drohten mit Aufruhr, wenn man sie länger bei den Fahnen festhalte. Die Regierung gab insofern nach, als sie in das Gesetz die Bestimmung aufnehmen ließ, die bereits dienenden Soldaten seien nach dem zweiten Jahre zu entlassen. Der ganze Vorgang warf auf die Mannszucht im Heere ein übles Licht; als außer-

dem bekannt wurde, daß die Zahl derjenigen, die sich der Einberufung zum Dienste entzogen, in den Jahren 1909 bis 1911 von 23370 auf 76723 gestiegen war, mehrten sich die Besorgnisse. Die Freunde der Militärvorlage wuchsen jedoch an Zahl, als die deutsche Regierung am 7. April dem Reichstage einen Entwurf vorlegte, demzufolge die Zahl der jährlich Auszuhebenden um 116965 Mann zu erhöhen wäre. Durch dieses Aufschwellen der Rekrutenzahl sollte das deutsche Heer den Friedensstand von 863000 Mann erreichen, also den Frankreichs ganz bedeutend übertreffen, selbst wenn die Kammern der Vorlage zustimmten.

Diesseits wie jenseits des Rheins wurde behauptet, erst die Rüstungen des anderen Teils hätten zu Gegenmaßnahmen genötigt. Tatsächlich aber waren beide Regierungen schuld an dem Wettrüsten, denn die jetzige Anstrengung war hien wie drüben ins Auge gefaßt, bevor man von der Absicht der anderen Kenntnis hatte; dann aber trieb ein Keil den anderen. Die Reden des Kriegsministers Etienne vom 18. Juni und des Ministerpräsidenten Barthou vom 26. Juni, welche die Einwürfe Jaurès', Caillaux' und der Sozialisten bekämpften, enthielten kriegerische Aufrufe gegen das Deutsche Reich. Etienne erklärte, Deutschland denke nicht an einen plötzlichen Angriff, sondern an einen Massenangriff, deshalb vermehre es seine Truppenzahl. Diese Gefahr verkennen, hieße die Nation täuschen; wenn Frankreich nicht überflutet werden wolle, müsse es von der ersten Stunde an die Gesamtheit der organisierten Streitkräfte ins Feld schicken.

Ob nun der böse Wille Deutschlands bestand oder nicht, jedenfalls war der militärische Beweisgang Etiennes schief, da, wie man ihm in der Kammer vorhielt, die Korps aus dem Innern doch immer erst nach Einziehung aller Reservemänner des Feldheeres an die Grenze befördert werden würden, also mit den Mannschaften von 14 Altersklassen und nicht bloß von den dreien, die gerade bei den Fahnen standen. Doch gleichviel; das aufgepeitschte Mißtrauen beherrschte die öffentliche Meinung so stark, daß der Grundsatz der dreijährigen Dienstpflicht in der Deputiertenkammer am 20. Juli mit 358 gegen 205 Stimmen genehmigt

wurde. Die verhältnismäßige Stärke der Opposition war jedoch ein Beweis, daß die Erklärung der sozialistischen Partei gegen „die pseudo-nationale Politik“ des Präsidenten Poincaré auch bei den bürgerlichen Radikalen Billigung fand. Im Senat war die Mehrheit für das Gesetz größer; bezeichnenderweise enthielt sich der Führer der französischen Pazifisten, Baron d'Estournelles de Constant, der Abstimmung, statt sich zu der von ihm auch in einer Berliner Friedensversammlung verkündeten Überzeugung zu bekennen.

Mit demselben Ergebnisse schlossen die Verhandlungen des deutschen Reichstages, nur daß aus ihm sorgenvoller Ernst über die Einkreisung Deutschlands sprach. Die Militärvorlage knüpfte an die Tatsache an, daß die allgemeine Wehrpflicht im Reiche nur unvollkommen durchgeführt war, da man die Ausgaben für die Einstellung aller waffenfähigen jungen Mannschaften scheute. Frankreich dagegen legte sich dieses Opfer auf, um trotz seiner geringeren Einwohnerzahl eine der deutschen nahezu gleich starke Armee aufzustellen. Daher wurden jenseits des Rheins alle waffenfähigen jungen Leute ausgebildet, 82 % aller Zwanzigjährigen, in Deutschland nur 58—59 vom Hundert¹⁾. Somit mußten in Deutschland sofort ältere Leute, meist Familienväter, in den Krieg ziehen, viele Jüngere blieben dagegen zunächst zu Hause, um erst ausgebildet zu werden. Deshalb verlangte die Heeresverwaltung die Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl um 63000 Mann, also bei zweijähriger Dienstpflicht die Verstärkung des Friedensheeres um 116—117000 Gefreite und Gemeine, zu denen noch 4000 Offiziere und 15000 Unteroffiziere traten. Es sollten also fortan statt 661000 Mann 778000 Gefreite und Gemeine, außerdem 17000 Einjährig-Freiwillige Heeresdienst leisten. Man sieht also, daß Frankreich seinen Friedensstand mehr erhöhte als Deutschland; aber dieses verstärkte gleichzeitig seine Feldarmee, was Frankreich nicht mehr vermochte, da es bereits früher alle seine waffenfähige Mannschaft eingestellt hatte. Es war in Deutschland auch so eine starke Anspannung, aber nicht die äußerste, zu der die Nation

¹⁾ So der Regierungsvertreter in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 9. April 1913.

fähig war; sind doch zu Beginn des Weltkrieges 1 200 000 Kriegsfreiwillige zu den Fahnen geeilt.

Auch in Frankreich mußten gleichzeitig große Summen für die neuen Heeresauslagen bewilligt werden; in Deutschland forderte die Regierung für die Mehrkosten an Bewaffnung, Ausrüstung und für Neuformationen den großen einmaligen Betrag von 1291 Millionen Mark. Nicht durch Anleihen wollte man diese Summen decken, sondern durch neue Steuern. Abgesehen von der Erhöhung der Zölle und der Erbschaftssteuern, außer den neuen Stempelabgaben und sonstigen Leistungen, wurde eine Vermögensumlage verlangt. Diese Wehrsteuer traf ausschließlich die besitzenden Klassen, fand aber nirgends Widerspruch, da das von Feinden und Nebenbuhlern umgebene Vaterland das Opfer zu heischen genötigt war.

Durch die Beratungen wehte ein freudiger nationaler Sinn, der nirgends in eine Herausforderung des Auslandes umschlug. Alle bürgerlichen Parteien stimmten zu, Polen und Elsässer natürlich ausgenommen; die Sozialdemokraten behaupteten, sie glaubten an keinen großen Krieg und verspotteten die Furchtsamen, die sich vor den Balkanwirren und überhaupt vor aller Welt fürchteten.

*

Deutsche Außenpolitik. Jagow

Der Gang der deutschen Außenpolitik war im allgemeinen den zwei von Bethmann Hollweg bei der ersten Lesung der Wehrvorlage gehaltenen Reden zu entnehmen, und schon aus ihnen erhellte, daß der Tod Riederlen-Wächters (Ende Dezember 1912) nicht spurlos vorübergegangen war. Sein Scheiden war für das Reich ein schwerer Verlust und da auch Marschall im selben Jahre verschied, blieb die ihrer zwei fähigsten Männer beraubte deutsche Diplomatie verwaißt zurück. Es war Not an Mann; Lichnowsky war für London kein ausreichender Ersatz und